



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Friedensverhandlungen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

...während der Zeit der Verhandlungen ...

...Zu gleicher Zeit hatte die preussische Mainarmee unter ihrem ausgezeichneten Führer Falckenstein ein anderes Meisterstück militärischer Arbeit geliefert. Sein Heer in einer Sollstärke von 55,000 Mann, in Wahrheit nach dem Gefecht von Langensalza, nach Detachirung einzelner Bataillone und anstrengenden Märschen nicht stärker als circa 45,000 Mann, hatte gegen sich die bayrische Armee, welche in abenteuerlicher Uebertreibung von den Gegnern auf 120,000 Mann angeschlagen worden war, in Wirklichkeit ebenfalls auf 45—50,000 angeschlagen werden muß, und daneben die Reichsarmee in einer Stärke von beiläufig 60,000 Mann. Gegen mehr als die doppelte Ueberzahl ist das preussische Heer von Eisenach bis nach Frankfurt unwiderstehlich vorgeedrungen, im Marsche fechtend, seine Stöße bald nach der einen, bald nach der andern Seite richtend und die Vereinigung der Gegner im Norden des Main ver hindernd. So hat es in wenig Wochen das ganze thüringische Franken, Kurhessen, Nassau, Darmstadt und das bayrische Unterfranken in Besitz genommen und bewegt sich vom Main aus im Vordringen auf Württemberg. Alle diese Erfolge auf sehr ungün-

Die Friedensverhandlungen.

Dieselbe Größe und Entschlossenheit der preussischen Kriegsführung, welche den Einzug in Böhmen siegreich machte, war auch aus dem ungeheuren Vormarsch erkennbar, welcher die Heere in 14 Tagen von der sächsischen Grenze und dem Riesengebirge so weit südwärts geführt hat, daß der Wiener vom Stephans thurm ihre Bajonnete bli gen sieht, und daß ihre Bedetten unweit Preßburg an den trüben Fluthen der Donau stehen. Nicht weniger glorreich als die gewonnene Schlacht des dritten Juli war die rasche Verfolgung des Sieges, welche ganz Böhmen und Mähren, einen Theil Oestreichs, ja die ungarischen Grenzorte an der March in preussische Hände brachte. Die Resultate dieser Märsche waren so bedeutend als die der größten gewonnenen Schlacht, sie verminderten die Hilfsquellen des Feindes um das beste Dritteltheil seiner Kraft, verhinderten eine Reorganisation des geschlagenen Heeres und zerstörten gründlich das pomphafte Selbstvertrauen der Hofburg.

Zu gleicher Zeit hatte die preussische Mainarmee unter ihrem ausgezeichneten Führer Falckenstein ein anderes Meisterstück militärischer Arbeit geliefert. Sein Heer in einer Sollstärke von 55,000 Mann, in Wahrheit nach dem Gefecht von Langensalza, nach Detachirung einzelner Bataillone und anstrengenden Märschen nicht stärker als circa 45,000 Mann, hatte gegen sich die bayrische Armee, welche in abenteuerlicher Uebertreibung von den Gegnern auf 120,000 Mann angeschlagen worden war, in Wirklichkeit ebenfalls auf 45—50,000 angeschlagen werden muß, und daneben die Reichsarmee in einer Stärke von beiläufig 60,000 Mann. Gegen mehr als die doppelte Ueberzahl ist das preussische Heer von Eisenach bis nach Frankfurt unwiderstehlich vorgeedrungen, im Marsche fechtend, seine Stöße bald nach der einen, bald nach der andern Seite richtend und die Vereinigung der Gegner im Norden des Main ver hindernd. So hat es in wenig Wochen das ganze thüringische Franken, Kurhessen, Nassau, Darmstadt und das bayrische Unterfranken in Besitz genommen und bewegt sich vom Main aus im Vordringen auf Württemberg. Alle diese Erfolge auf sehr ungün-



stigem Terrain, welches überall Umgehungen gestattet, zusammenhängende Operationen einer größern Truppenzahl erschwert und einem an Zahl überlegenen Feind die größten Vortheile gewährt; und wohl zu bemerken, diese Erfolge sind erfodert durch ein combinirtes Corps, in welchem nur die Division Göben gewöhnt war, den Befehlen ihres Feldherrn zu gehorchen. Das Ganze war eine Leistung sehr hohen Lobes werth.

Im Osten und im Westen waren es Siege wie im Fluge, kaum vermochte man, über die Karte gebeugt, mit Zirkel und Punktirnadel den schnellen Erfolgen nachzukommen, immer höher stieg die Spannung, das Vertrauen und die Hoffnung auf ein glückliches Ende. Auch die Abtretung Venetiens an Frankreich vermochte nicht die Fortschritte der Armee aufzuhalten, hoch wuchs die Freude, daß Preußen unbeirrt durch diesen Zwischenfall auf ein großes Ziel losgehe.

Denn allgemein war auch die Meinung, daß der Stolz der Lothringer eine neue Schlacht vor den Häusern Wiens nothwendig mache, und daß die Regierungen des Rheinbundes trotz ihres militärischen Bankerotts stärkern Zwanges bedürften, um sich dem zu fügen, was jetzt zum Heile Deutschlands nothwendig geworden ist.

Da kam die Nachricht vom 20. d. M., daß durch den Kaiser Napoleon eine fünftägige Waffenruhe durchgesetzt sei, auf dem Fuß folgte die andere, daß Oestreich die Punkte, welche Preußen und Frankreich als Friedenspräliminarien aufstellten, angenommen habe, und daß grade jetzt ein Waffenstillstand von mehren Wochen abgeschlossen werde, um während der Zeit über den Frieden zu verhandeln.

Es war eine Ueberraschung, und sie war nicht frei von Zweifel und Sorge. Sind in der That die Ansprüche Oestreichs schon so stark eingedämmt, als zu gutem Frieden nöthig ist, droht die beflissene Vermittelung des Kaisers nicht den Preußen ihren politischen Erfolg zu verkümmern? Das war in diesen Tagen für Hunderttausende eine herzbeklemmende Frage. Wir denken daran, wie unsicher Schlachtenglück ist und wie ungewiß jede Entscheidung durch die Kugel aus ehernem Rohre; aber ungeheuer sind auch die Opfer, welche Preußen bereits gebracht hat, der Krieg ist dort ein Volkskrieg geworden, der die ganze wehrfähige Bevölkerung zu den Fahnen gefordert hat, das zweite Aufgebot der Landwehr ist eingezogen, und durch die gewaltigen Heeresmassen, welche jetzt für eine Fortführung des Krieges bereit stehen, ist bereits das Hauswesen und Glück von hunderttausend Familien Preußens verfürrt. — Was von den Forderungen Preußens bis jetzt über Paris in die Oeffentlichkeit drang, ist fast ohne Ausnahme so unzuverlässig, daß gar nichts drauf zu geben ist. Und man darf annehmen, daß zur Zeit außer den Betheiligten und Verhandelnden noch niemand über Einzelheiten unterrichtet ist.

Auch das ist deutsches Schicksal, ein ungewöhnliches und sehr lehrreiches Schicksal für die Lebenden und Nachkommen. Sechszehn Millionen eines großen Volkes waren durch einige Wochen in der Lage, daß die Bravour der Heere Preußens und Oesterreichs, daß die geheimen Rathschläge zweier Generale, Moltke oder Benedek, über ihre Zukunft entschieden, sechszehn Millionen sind jetzt in der ähnlichen Lage, daß der geheime Rathschluß von drei oder vier Cabineten über ihre Zukunft bestimmt. Das sind Zeiten, wo nicht nur der einzelne Mann resignirt empfindet, wie wenig sein Wunsch und Wille für das Ganze ist, wo auch die Nichtigkeit des kleinen Staates allen Bürgern desselben schrecklich fühlbar werden muß. Unsicher wogt im ganzen Reiche die Stimmung, heftig kreuzt sich Frage mit Frage: Werden die ausgewanderten Fürsten nach Hannover, Sachsen, Nassau, Darmstadt zurückkehren? Wird der Kurfürst von Hessen wieder in seinen Stiefeln die Wilhelmshöhe beschreiten und von neuem durch seine verstorbenen Grallen Minister und Volksvertreter demüthigen? Werden wir Leipziger in einigen Wochen Preußen oder Sachsen heißen? Wird das Band zerrissen werden, welches, wie locker immer, den deutschen Süden an den Norden band? Wird der Zollverein in seiner Ausdehnung bis an die Alpen und an den Bodensee fortbestehen? Wird durch Preußen zur Wahrheit werden, was seit achtzehn Jahren ersehnt und errufen wurde, ein festgefügtter Bundesstaat, der die gesammten deutschen Staaten umfaßt und der auch dem Süden Sicherheit giebt gegen Einmischung des Auslands und freie Kraftentfaltung im Innern?

Vielleicht vermag selbst die Regierung König Wilhelms zur Zeit nicht, allen diesen Fragen sichere Antwort zu geben, denn nicht von ihr allein und nicht nur von dem diplomatischen Abkommen, welches jetzt geschlossen werden kann, hängt die Zukunft Deutschlands ab. Wohl aber sind die letzten Ziele der preussischen Politik und einiges über die gegenwärtige Sachlage schon heutzutage zu erkennen, und anderes darf man, ohne eine unfruchtbare Conjecturalpolitik zu treiben, muthmaßen.

Eine Einverleibung aller Staaten, welche dem preussischen Bündniß von jetzt ab widerstehen, oder bereits thatsächlich occupirt sind, wäre für Preußen keine militärische Unmöglichkeit. Diese gewaltsame Anfügung würde voraussichtlich die inneren Schwierigkeiten der Neugestaltung mit einem Schlage beenden. Wenn der Schwabe, der Bayer, vollends der Hannoveraner und Sachse über Nacht zu Preußen würden, so wäre die wahrscheinliche Folge: Unzufriedenheit, viel Gemurre und Kopfschütteln, vielleicht in Oberbayern einige Aufstände und peinliche Executionen, in Jahr und Tag wäre alles in Ordnung, in fünf Jahren die ungeheure Mehrzahl behäglich in den neuen Großstaat eingelebt. In Wahrheit wäre dies für alle Theile das unvergleichlich Beste. Die preussische Schablone würde so großem Landgebiet nicht aufgezwungen, die liebgewordenen

Einrichtungen könnten überall bewahrt bleiben, die meisten Staaten würden ihre Dynastien verlieren, aber Schwaben würde gut schwäbisch und Bayern bayerisch bleiben können bis zum Ende aller Dinge.

Wenn der preussische Ministerpräsident auf diesen Weg, der seiner Art wohl am meisten entspräche, verzichtet, so sind es sicher nicht Rechtsbedenken oder Scheu vor volksthümlichem Widerstande, sondern Hemmnisse, welche sowohl in der Gesinnung seines Monarchen als in der Haltung der Großmächte liegen. Er wird das Princip des Bundesstaats festhalten.

Zu diesem Bundesstaat aber will er ein Preußen bringen, welches für alle Möglichkeiten auswärtiger Conflictes in sich selbst eine bessere militärische Territorialbasis hat, als das bisherige. Er wird also zunächst aus militärischen Gründen seinem engern Vaterlande bessere Grenzen geben. Als höchst wichtig hat sich für preussische Operationen erwiesen die Eisenbahnlinie von Löbau nach Zittau, von Magdeburg nach Kassel, vor allem der Knotenpunkt der mittel-deutschen Eisenbahnen in Guntershausen, endlich die Landschaft um Mainz. Man darf also vom militärischen Standpunkt einen Theil der sächsischen Lausitz, das südliche Hannover und Hessen-Kassel für die nächsten Arrondierungsobjecte halten, dann das hessen-darmstädtische Territorium Biedenkopf und vielleicht das Herzogthum Nassau. Ferner aber sind wir überzeugt, daß der Leiter, der auswärtigen Angelegenheiten in Preußen mit besonderem Eifer und bis zum Neuesten auf Einverleibung der Landschaften bestehen wird, welche selbst preussisch werden wollen, wie wir von Ostfriesland vernehmen. Endlich sieht ihm ähnlich, daß er zwar die Kleinmäkelei von dem großen Erfolge fern halten wird, daß er aber mit einem gewissen Behagen wohlgelegenes Gebiet feindlicher Regierungen, wie z. B. die Herrschaft Camburg von Meiningen durch kurzen Federstrich ablösen wird. Wie viel er darin Bayern und Württemberg zumuthen wird, das mag noch von dem Verhalten dieser Staaten in der letzten Stunde abhängen. Daß aber Bayern seine Bundespolitik und Württemberg die Sprache seines Ministers und seines officiellen Blattes, wie die Occupation von Hohenzollern nach seiner Meinung auch durch Abtretung von Landgebiet entgelten soll, Bayern durch Abtretungen im Norden, Württemberg außerdem durch Herstellung einer Verbindung der Hohenzollern mit dem Bodensee, ist ihm wohl zuzutragen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß unsere Freunde in Süddeutschland starke Worte gegen solche dynastische Behandlung der Länder finden werden. Wir fühlen so tief wie sie die Unvollkommenheit der politischen Zustände, welche dergleichen Arrondirungen möglich machen und wir sind eifrig gewesen, daran zu mahnen. Mögen sie aber wenigstens jetzt ehrlich prüfen, was ihnen vom Standpunkt der preussischen Regierung entgegengehalten werden kann. Graf Bismarck darf sagen, die Nichtpreußen bewohnen allerdings Landschaften, welche

sich heimischer Herrengeschlechter erfreuen, aber sie haben weder geographisch noch politisch in Wahrheit bis jetzt Staaten gebildet, edle deutsche Stämme sind in dem Landbesitz, den ihre Dynastien unter Napoleon zusammengebracht und die ihnen der wiener Friede zugetheilt hat, durch funfzig Jahre in öder Stagnation des deutschen Lebens bis zum goldenen Jubiläum ihrer politischen Existenz gekommen. Aber diese Existenz war nur eine Halbsouveränität, welche unhaltbar wurde, weil sie von zwei entgegengesetzten Oberherren sehr unvollständig hin und hergezerrt wurde. Diese Länder standen politisch unter dem österreichischen Bunde. Seit Gründung des Zollvereins in ihren materiellen und realen Interessen unter Preußen. Sie sind längst, ohne es zu wissen, halbe Preußen gewesen; fast alles, was sie aus dem elenden Kleinbürgerthum des alten Reichs herausgehoben und mit dem Weltverkehr verbunden hat, verdanken sie dem großen Nachbarstaat. Wenn jetzt einzelne Theile ihres Landes preußisch werden, so hat das in dem neuen Bundesstaat für sie kaum eine höhere Bedeutung, als wenn ein Landkreis von einem Regierungsbezirk geschieden und dem benachbarten zugeschlagen wird. Daß ihre staatliche Existenz gegenüber großen Kämpfen Europas ein machtloses Nichts ist, das haben sie leider selbst erwiesen, denn die Bayern und Schwaben haben zum Kriege gerufen gegen ihre deutschen Nachbarn; es stand ihnen frei, unversehrt zu dauern in ihrem Bestand unter ihren Fürstengeschlechtern, sie haben in einer furchtbaren Ueberschätzung ihrer Kräfte den Bruderkrieg gewählt und sich zu Sklaven der dynastischen Interessen ihrer Regentenhäuser gemacht. Es ist nicht zu verwundern, wenn sie jetzt, nachdem wegen der schlechten Wahl, die sie getroffen, viele hundert Deutsche Blut und Leben verloren haben, gezwungen werden, ungehört sich dem gemeinen Nutzen zu fügen. Es ist sehr traurig, daß es so weit gekommen ist, aber nicht Preußen trägt die Schuld, sondern die, welche durch lautes Landgeschrei und die That dem übrigen Deutschland bewiesen haben, daß ihre politische Lage ihnen nicht gestattet, sich selbst und die deutschen Interessen zum Heil für das Ganze zu berathen. Soll ihre Sonderexistenz unter heimischen Regentenhäusern fernerhin bewahrt werden, so müssen im Interesse Deutschlands diese Dynastien für alle Fälle verhindert werden, eine Sonderbundspolitik zu treiben. Auch das preußische Cabinet vertraut, daß der Bundesstaat schließlich die Wiederkehr solcher dynastischer Kriege unmöglich machen wird. Aber es wird Jahre dauern, ehe er sich und sein Heer fest organisiert, und unterdeß und für alle Fälle liegt Preußen ob, für die eigene und aller Sicherheit zu sorgen. Gegen diese Logik der preußischen Regierung wird, so besorgen wir, sich vom Standpunkte des deutschen Interesses nichts Stichthaltiges einwenden lassen.

Aber speciell anders ist zur Zeit die Stellung Sachsens, Hannovers und Hessen-Darmstadts. Diese Staaten gehören entweder ganz oder zum Theil dem deutschen Landgebiet an, welches durch die preußischen Grenzen flankirt, durch

Handel, Verkehr und alte Stammeseigenart eng mit preußischen Landestheilen verbunden ist; sie sind für jedes Interesse ihrer Bürger, welches der Staat vertritt, durch engste Vereinigung ihrer Capitalien und ihrer bürgerlichen Beziehungen unauslösllich an Preußen gebunden; für das Leben im Frieden war die Festigkeit des Bandes kaum jemandem zweifelhaft; auch für Kriegszeiten haben die letzten Wochen bewiesen, wie vollständig sie zu dem Machtgebiet Preußens gehören.

Denn ihre Länder liegen so sehr zwischen preußischem Gebiet, daß sie bei jedem Kriege, den der neue Bundesstaat mit dem Ausland zu führen hat, Operationsbasen des Kampfes werden müssen. Sachsen gegen Oestreich, Hannover gegen jede zu befürchtende Landung einer feindlichen Flotte, Darmstadt als Operationsgebiet von Mainz. Es ist deshalb unmöglich, den regierenden Familien dieser Länder, wie bisher geschah, die Kriegsherrlichkeit über ihr Landgebiet zu überlassen. Die Anlage von Verschanzungen und stehenden Lagern, die rechtzeitige Concentration von größeren Truppenmassen auf ihrem Landgebiet darf nicht von ihrem Belieben abhängen. Auch giebt die parlamentarische Vertretung des neuen Bundesstaates und ein neuer Bundesrath für solche in einer Nothzeit erforderliche Maßnahmen keineswegs die Garantie rechtzeitiger Ausführung. Denn dergleichen Maßregeln verlangen Schnelligkeit und Geheimniß, es ist unthunlich darüber zu debattiren. Darum muß für diesen Theil Deutschlands, der etwa bis zum Main, militärisch betrachtet, ein geschlossenes Ganzes bildet, Preußen die höchsten militärischen Dispositionen unverfüzrt erhalten. Diese Forderung ist in der That eine Grundforderung des neuen Bundesstaates, ohne ihre Durchführung würde auch in neuen Formen alles locker bleiben und unsicher gegen das Ausland. Selbst bei dem besten patriotischen Willen der betreffenden Regierungen würde die militärische Stärkung Deutschlands eine unvollkommene bleiben, und grade ihr guter Wille und das feste Einvernehmen mit Preußen würden alljährlich auf zu schwere Proben gestellt werden; wenn Preußen fortwährend die Aufgabe hätte, das Militärinteresse Deutschlands gegen die souveränen militärischen Gesichtspunkte des erlauchten Hauses der Welfen und Wettiner zu vertreten. Deshalb ist Preußen diesen Staaten gegenüber, nicht um eine Strafe für ihre gegenwärtige Politik zu üben, sondern im dauernden Interesse Deutschlands zu der Forderung genöthigt, daß die künftigen Regenten dieser Länder ihr Kriegsdepartement vollständig der preußischen Regierung unterstellen. Nur eine Folge davon ist, daß Preußen auch die diplomatische Vertretung dieser wie der übrigen Bundesstaaten übernimmt. Was nebenbei bemerkt — das Halten von Hausgesandten an den Höfen des In- und Auslandes nicht ausschließen würde, wenn die genannten Regierungen solche Legationen bedürftig wären.

Die drei Fürstenfamilien haben mit ihren Heeren ihre Länder verlassen,

die Länder stehen vorläufig unter der Gewalt Preußens. In dem Frieden, welchen jetzt Preußen unter Frankreichs Vermittelung abzuschließen im Begriff ist, wird Oestreich nicht umhin können, eine Restauration der ausgezogenen Herrscher zu verlangen, Preußen wird dieselbe an die Bedingung knüpfen, daß sie sich dem oben specificirten Bedürfniß des neuen Bundesstaates fügen. Man darf annehmen, daß Frankreich diese Minimalforderung Preußens unterstützen wird, und es ist nicht anzunehmen, daß Oestreich, welches für sich selbst eine zweite Entscheidungsschlacht nicht begehrt, dieselbe wegen der Dynastien beginnen wird, deren politisches Schicksal fortan doch von Oestreich geschieden ist. Wird in einem Frieden mit Oestreich dieser Punkt durch Zugeständnisse Preußens erledigt, so tritt an die Könige von Sachsen und Hannover und an den Großherzog von Hessen die Frage, ob sie unter diesen Beschränkungen die Regierung der von ihnen verlassenen Länder wieder einnehmen wollen. Sie haben den Krieg in der That begonnen, weil sie den Bundesstaat mit preussischer Militärhohheit einer Abdication für gleichbedeutend erachteten. Es ist zweifelhaft, ob ihre Ansichten, wenigstens die der jetzt regierenden Herrn, sich nach den Schicksalen des Kriegs so weit geändert haben, daß sie diese Demüthigung auf ihr Leben nehmen. Im Fall sie zögern, würde Preußen die factisch occupirten Länder übernehmen, dieselben bis auf Weiteres mit allen Hoheitsrechten *jure possidentis* behalten, die Wahlen zum Parlament ausschreiben, Steuern erheben, das Herr organisiren u. s. w., das Uebrige dem Zwang der Thatsachen überlassen.

So ungefähr erscheint der Plan der preussischen Regierung, wenn man die einzelnen officiösen Aeußerungen zusammenhält. Dieser Plan erleidet Modificationen durch veränderte politische und militärische Sachlage, den Gang der Verhandlungen, persönliche Einwirkungen. Es ist möglich, daß Preußen nicht nur Ostfriesland und den Süden Hannovers, sondern das gesammte Landgebiet zu erwerben durchsetzt; das erlauchte Haus von Hessen-Darmstadt, dessen Interessen sowohl durch Rußland als England Fürsprache finden werden, mag gegen größere Gebietsabtretungen, welche ihm im Norden zugemuthet werden, im Süden des Main eine Entschädigung erhalten. — Ob die Sache Meinings durch einen Wechsel der regierenden Persönlichkeiten, oder durch Zuweisung des Gebietes an andere Linien der Ernestiner erledigt wird, ist für die deutschen Interessen ohne Wichtigkeit; von allen Gegnern Preußens wird Neuß ältere Linie in der glücklichsten Situation sein, es ist durch seine Harmlosigkeit geschützt.

Weit anders faßte Graf Bismarck in seinem Reformplan bis zum 14. Juni die Stellung der Südstaaten zu dem neuen Bunde. Sein Plan war, ihnen größere Selbständigkeit zu lassen, dem größten derselben, Bayern, eine militärische Suprematie über die Nachbarn einzuräumen. Man durfte hoffen, dadurch nicht nur Bayerns guten Willen zu gewinnen, auch Frankreich mit der neuen Ordnung zu versöhnen, welche wenigstens einigermaßen den französischen

Triaswünschen Rechnung trug. Auch jetzt im Kriege stehen die Südstaaten der Liga nicht so gegen Preußen, wie Sachsen und Hannover, im Süden haben nicht die Regierungen allein, auch die Bevölkerungen zum Kriege gegen Preußen gerufen, ja die Bethörung war in der Bevölkerung am größten, sie hat wenigstens in Baden den milden Regenten gradezu gezwungen, sich der Liga zu verbünden, ihn, der vor kurzem das schöne Fürstenwort sprach, er wüßte nur, daß der neue Bundesstaat nicht auf die Länder im Norden des Main beschränkt bleibe. Noch jetzt stehen Bayern und Würtemberger bedrängt, aber nicht unterworfen gegen die preußischen Heere. Frankreich wird voraussichtlich sein Interesse verfolgen, ihnen so viel als möglich eine separate Stellung zu erhalten, und die preußische Regierung wird darauf Rücksicht nehmen müssen. Sie hat zunächst die Tendenz, den Regierungen und Völkern Bayerns und Würtembergs ihre politische Ohnmacht eindringlich zu machen. Möglich, daß man ihnen nach der bewaffneten Belehrung, die sie sich gefordert, mit Ausschluß aus dem Zollverein die Bildung einer süddeutschen Liga freigiebt, weil man weiß, daß dies die ärgste Pein und härteste aller Strafen wäre, welche man ihnen zumuthen könnte. Denn gegenseitige Eifersucht und Mißtrauen sind dort altheimisch, würden diese Staaten sich selbst überlassen, sie würden sofort diesen Zustand als unerträglich, als materiellen und politischen Ruin empfinden. Daß diese Erkenntniß ihnen komme durch harten Zwang, ist unvermeidlich. Das Ende wird, man darf darauf bauen, ihre Aufnahme in den Bundesstaat sein, ohne Hegemonie Bayerns, vielleicht mit größerer Selbständigkeit ihrer militärischen Einrichtungen.

Es ist ein kräftiger, scharfsinniger und zum Aeußersten entschlossener Mann, welcher jetzt die auswärtigen Geschäfte Preußens verwaltet. Die Sachlage gestattet ihm grade jetzt, alle starken und bedeutenden Seiten seines Wesens geltend zu machen. Die Mittel, durch welche er sein hohes Ziel zu erreichen sucht, sind die einer sehr selbstwilligen und souveränen Natur; unnützig ist die Frage geworden, ob sie die möglichst besten sind, denn sie sind in eherner Zeit, unter gegebenen Verhältnissen die allein möglichen. Darauf aber darf man vertrauen, daß er, wie er sich auch jetzt anstelle, keinen Fuß breit Landes aufgeben wird, den er zu behaupten im Stande ist, und daß er an keiner Stelle deutsches Landgebiet als Tummelplatz fremder Einflüsse neben Preußen dulden wird. Wir fürchten nicht, daß der deutsche Staat der Zukunft mit der Mainlinie endet.

Aber nicht Preußen allein vermag das zu verhüten, auch an dem süd-